



Sachlich, fair und offen

Gespräch zum Thema Forensik in Wuppertal fand auf Einladung der Kirchen in sehr sachlicher und fairer Atmosphäre statt.

Auf Initiative der Synode des Evangelischen Kirchenkreises Wuppertal hatten Evangelische und Katholische Kirche am vergangenen Freitag zu einem nicht öffentlichen Gespräch zum Thema „Forensische Einrichtung in Wuppertal“ ins Gemeindezentrum der Ev. Kirchengemeinde Vohwinkel eingeladen. Dabei wollten die Kirchen als Sachwalter einer fairen und sachlichen Diskussion die Kultur der Kommunikation zwischen allen beteiligten Gruppen und Interessen unter größtmöglicher Transparenz der Argumente und Vorgehensweisen ermöglichen und fördern.

Der Einladung waren neben Ministerin Barbara Steffens und Fachleuten aus dem Ministerium auch Oberbürgermeister Peter Jung, Vertreter der Bürgerinitiativen aus dem Bereich der möglichen Standorte Lichtscheid und Kleine Höhe, Vertreter von BUND und Rheinischem Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz sowie Repräsentanten der Ratsfraktionen, der Landtagsabgeordneten sowie der betroffenen Kirchengemeinden gefolgt. Erstmals kamen damit die Vertreter aller betroffenen und engagierten Gruppen der Stadt Wuppertal mit der Ministerin an einen Tisch zusammen.

In einer sehr sachlichen und fairen Gesprächsatmosphäre stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer ersten Runde ihre Positionen dar.

Die Ministerin erläuterte die Entscheidungswege ausgehend von einer gerechten Verteilung der Zuweisungen für die Landgerichtsbezirke, die Kommunikationswege mit den Kommunen, die Kriterien für die Standortwahl sowie die Prüfung der infrage kommenden Grundstücke auf dem Hintergrund der drängenden Zeitschiene: „Wir prüfen alle Grundstücke, die uns jetzt noch angeboten werden, aber Anfang 2013 müssen wir für das am besten geeignete Grundstück eine Bauanfrage stellen. Denn die Zeit drängt“, so Barbara Steffens im Blick auf die Belegungssituation der vorhandenen Einrichtungen in NRW, die jetzt schon eine Anmietung von Plätzen in anderen Bundesländern notwendig mache. Für die neue Einrichtung seien 45 Millionen Euro als investive Kosten pro Standort eingeplant. Bei der geplanten Belegungszahl von 150 Plätzen sei mit rund 150 Vollarbeitsplätzen, entsprechend rund 200 Mitarbeitenden, zu rechnen. Die Ministerin unterstrich auf Nachfrage mehrmals, dass mit ihren gegenwärtigen Standortvorschlägen fachlich-sachliche und keine politische Entscheidungen vorlägen.

Der Oberbürgermeister erläuterte mit Hinweis auf die Vielzahl von Landeseinrichtungen in Wuppertal den Standpunkt der Kommune: „Der Landgerichtsbezirk ist größer als die Kommune. Wuppertal hat seine Pflicht erfüllt.“ Die Stadt werde keine Fundamentalopposition üben, sondern sei zur fairen Zusammenarbeit bereit. Im Hinblick auf die momentanen Verhandlungen mit dem Land (IKEA-Ansiedlung, Kürzung der Mittel aus dem Stärkungspakt) behalte man sich eine rechtliche Klärung ausdrücklich vor. Sollte aber der Standort Wuppertal unvermeidbar sein, sei das Grundstück Kleine Höhe das kleinere Übel.

Die Notwendigkeit der Einrichtung einer forensischen Klinik wurde von den Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerinitiativen nicht bestritten, vielmehr wurden die Kriterien zum Standort hinterfragt. Die BI Lichtscheid verwies auf den geringen Abstand zur bestehenden Wohnbebauung und die damit verbundene Einschränkung der Lebensqualität in einem wachsenden Wohngebiet durch den Betrieb der Einrichtung (Lärm- und Lichtimmission, befürchteter Wertverlust der Grundstücke).

Die Vertreter der Bürger- und Elterninitiativen Kleine Höhe hoben die ökologische Bedeutung des Geländes (Flächenverbundsystem, geschützte Artenvielfalt, Wasserschutz) und einen befürchteten ‚Türöffnereffekt‘ eines möglichen Klinikbaus für die dann verbleibenden 16 Hektar hervor. Außerdem befürchteten sie Auswirkungen auf ‚schutzwürdige Einrichtungen‘ im Umkreis.

Vertreter der Ratsfraktionen wiesen auf Verfahrens- und Ermessensfragen hin und erinnerten an den Mehrheitsbeschluss, wonach das Gelände auf Lichtscheid als gänzlich ungeeignet angesehen wird.

In der anschließenden Diskussion wurden u.a. die Themen Verteilungsgerechtigkeit (innerhalb des Landgerichtsbezirks aber auch zwischen den Ministerien Justiz und Gesundheit im Bezug auf einen möglichen Standort Jugend-JVA), die Kriterien für eine Standortentscheidung wie Verfügbarkeit, Umweltverträglichkeit, Landschaftsschutz und Zeitbedarf intensiv nachgefragt und kontrovers diskutiert. Die Ministerin verwies auf die in vielen Teilen ähnliche, weil überall differenzierte Situation an den anderen geplanten und bestehenden Standorten von forensischen Einrichtungen im Land und sagte eine intensive Einbindung aller Beteiligten vor Ort nach einer Standortfestlegung bei der Errichtung und Begleitung einer Forensik (Entwicklung eines Therapiekonzeptes) zu.

Das ganze Gespräch fand in einer überaus sachlichen und fairen Atmosphäre statt. Auf gegenseitige Vorwürfe und Unterstellungen wurde weitestgehend verzichtet. Das Ziel der Kirchen, eine Kultur des „Zu-Wort-Kommens“ und „Zu-Wort-Kommen-Lassens“ einzuüben wurde erreicht. Der Ministerin wurde der Zusammenhang, in dem die Planungen der forensischen Einrichtung in Wuppertal diskutiert werden, nachvollziehbar. Alle Beteiligten bedankten sich für die Initiative, die für die weitere Entwicklung eine gute Gesprächsbasis schaffen konnte.

Die Moderatoren des Gesprächs, Superintendentin Ilka Federschmidt und Stadtdechant Dr. Bruno Kurth, zeigten sich am Ende beeindruckt und zufrieden. Die Bürgerinitiativen legten gut vorbereitet ihre Standpunkte dar. Beim Maßregelvollzug handelt es sich um eine wichtige und sensible Aufgabe der Gesellschaft, bei der die Sicherheit und die Interessen der Bürger einerseits mit einem angemessenen Umgang mit den kranken Straftätern andererseits möglichst in Einklang zu bringen sind. „Die ausgeprägte Gesprächsdisziplin hat diesem Treffen und der Thematik sehr gut getan. Die verschiedenen Seiten haben miteinander geredet und nicht übereinander“, freute sich Ilka Federschmidt. Dr. Kurth konstatierte mit Blick auf die Zukunft: „Darauf lässt sich aufbauen. Die Fortsetzung des Gesprächs, auch im größeren Rahmen, wird nach einer Standortentscheidung sinnvoll sein. Wir bieten unsere Mithilfe an.“

text: ev. und kath. kirche in wuppertal/öffentlichkeitsreferat/wj